



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP**

zu „Frauen nicht allein lassen –Versorgungsangebot für einen sicheren Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen“ (Drs. 19/2544)

Recht auf Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass ein ambulantes und stationäres Angebot zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen sowie die entsprechenden Beratungsangebote im Schwangerschaftskonfliktgesetz des Bundes (SchKG) verankert sind. Frauen im Schwangerschaftskonflikt haben ein Recht auf diese Angebote. In Schleswig-Holstein besteht ein umfassendes ambulantes und stationäres Angebot um Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu können.

Die Landesregierung stellt Fördergelder für die Beratungsangebote auf der Basis der gesetzlichen Regelungen und entsprechend des Bedarfes zur Verfügung. Zur Förderung von ärztlichen Beratungsangeboten im Schwangerschaftskonflikt startet zudem im kommenden Jahr ein Projekt, das durch Landesgelder finanziert wird.

Der Landtag bittet die Landesregierung zudem, Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung, Ärztekammer, Krankenhausträgern und weiteren Berufsverbänden zu führen, wie eine verbesserte Information und Übersicht der Einrichtungen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Schleswig-Holstein vornehmen, sichergestellt werden kann. Ergänzend sollen Gespräche darüber geführt werden, wie im Rahmen der Facharztausbildung im Bereich Frauenheilkunde und Geburtshilfe und / oder der Weiterbildung, die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen berücksichtigt werden kann.

Der Landtag bittet die Landesregierung weiterhin, vorsorglich zu prüfen, wie Versammlungen vor Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen,

eingeschränkt werden könnten. Ziel ist es, dass Frauen im Schwangerschaftskonflikt ihre Rechte uneingeschränkt wahrnehmen können und dass weder sie noch die Anbieter der Angebote gefährdet oder diskriminiert werden.

Katja Rathje-Hoffmann
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion